

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Reichstein Dresden.
Verlags- und Druckerei: 25 241.
Kurs für Nachgelieferte: 20 O.T.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Septbr. 1925 bei tagl. zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberleitungsgebühr 10 Pfg. Zusam. Aufsätze gegen Vorzusatz.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichert in Dresden.
Verlagshaus - Stern 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung d. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unpersönliche Schriffsätze werden nicht autorisiert.

Das Lohnniveau der Eisenbahner.

40 Prozent der Eisenbahner schlechter gestellt als die vergleichbaren Industriearbeiter. Scharfe Stellungnahme des württembergischen Kultusministeriums gegen Dr. Gumpel. — Neuer Goldtransport nach London.

Eine Mitteilung der Reichsbahngesellschaft.

Berlin, 2. September. Nach den Feststellungen der Reichsbahngesellschaft haben von ihrer Arbeiterschaft, die insgesamt rund 400 000 Mann umfasst,

12 Prozent bisher schon Löhne, die diejenigen der entsprechenden Arbeitnehmer der Privatindustrie übersteigen, rund 48 Prozent stehen bezüglich ihrer Lohnsätze auf der gleichen Höhe und rund 40 Prozent befinden sich besonders auf Grund der örtlich verschiedenen Teuerungszu- und Lohnsteigerungen in einer ungünstigeren Lage.

Für diese 40 Prozent, die sich insbesondere über die meisten deutschen Großstädte und über die Industriebezirke verteilen, sind, wie gemeldet, die bei Beginn der Schlichtungsverhandlungen angebotenen Lohnsteigerungen mit Wirkung vom 1. September in Kraft gesetzt worden. Außerdem sollen die Lohnsätze bestimmter Arbeiterkategorien, die besonders hochwertige oder qualifizierte Arbeit vollbringen, z. B. Rangierer, Mechaniker und verschiedene Schweißarbeiter, besonders nach der Art ihres Dienstes bemessene Erhöhungen bekommen. Deren Umfang steht noch nicht fest, doch wird daran gedacht, diese Bezüge dann rückwirkend bis zum 1. September zu erhalten. Der Gesamtbetrag der bewilligten und noch geplanten Mehransprüche für Löhne bei der Reichsbahn erstreckt sich für das Jahr eine Summe von rund 20 Millionen Mark.

Der Standpunkt der Gewerkschaften im Eisenbahnerstreik.

Von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Bau Sachsen, erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Im Vorkriegszeit zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und der Deutschen Reichsbahngesellschaft vertrat Dr. E. W. Sellwieser die Meinung, die nicht allenthalben objektiv sind. Es ist deshalb folgendes festzustellen:

Die Gewerkschaften verlangen eine allgemeine Lohnsteigerung entsprechend der allgemeinen Teuerung. In den Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft erklärte diese sich nur bereit, an Orten, an denen die Löhne der Industriearbeiter über den Löhnen der vergleichbaren Eisenbahnarbeiter liegen, einen Ausgleich zu gewähren. Es ist aber falsch, in diesem Zusammenhang von „zum Teil nicht unwesentlichen Lohnsteigerungen“ zu sprechen. Die Bereitwilligkeit der Erhöhung der Schlichtungsulage weist sich so aus, daß sich ein Mehr für die Schlichter (nur Teile der Eisenbahngewerkschaft) von sage und schreibe 30 Pfg. in der Woche ergibt. Wenn die Reichsbahngesellschaft von einer Verbesserung der Rangierzulage für die im Rangierdienst beschäftigten Beamten und Arbeiter spricht, so sei darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Sachsen diese Zulage überhaupt nur an fünf Orten gewährt wird. Diese Zulagen der Reichsbahngesellschaft waren für die Gewerkschaften und die Arbeiter vollständig unzureichend.

Zu der Meldung, daß die Arbeitnehmervertreter vor der entscheidenden Abstimmung die Sitzung der Spruchkommission verlassen hätten, wird bemerkt: Die Gewerkschaftsvertreter hatten wiederholt Anlauf, Einspruch gegen das tatsächliche Verhalten der Arbeitgebervertreter und auch gegen die Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Oberbürgermeister a. D. Zietzen, zu erheben. Und erst als der Einspruch ohne Erfolg war, verließen die

Arbeitnehmer die Sitzung unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie mit der ganzen Verhandlungsart nicht einverstanden seien und infolgedessen an der Sitzung nicht weiter teilnehmen könnten.

Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß für die Lohnsteigerungen für die Eisenbahnarbeiter nicht der Lohn der vergleichbaren Industriearbeiter, der übrigens von der Reichsbahngesellschaft immer in ungünstigster Weise für die verantwortungsvolle Arbeit der Eisenbahnarbeiter zum Vergleich herangezogen wird, sondern die tatsächliche Teuerung maßgebend sein muß. Und unter Berücksichtigung dieser ist festzustellen, daß die Not auch in industriearmen Gegenden eben durch die Teuerung geradezu unerträglich geworden ist, so daß da überhaupt nicht mit Ausgleichungen gegenüber höheren Industriearbeiterlöhnen geholfen werden kann. Der Einwand der Reichsbahngesellschaft, daß zunächst die Reparationslasten aufgebracht werden müssen und deshalb kein Geld ohne Tarifierhöhung vorhanden sei, kann mit den eigenen Worten leitender Persönlichkeiten — u. a. auch des stellvertretenden Generaldirektors Dörpmüller —, daß nämlich das ganze Volk den Krieg verloren habe und nicht die Eisenbahn, zurückgewiesen werden.

Schiedsspruch in der Bochumer Metallindustrie.

Bochum, 2. September. Unter dem Vorsitz von Dr. Becker fanden in Bochum Lohnverhandlungen für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe über einen Ortsstarif für die Bochumer Bezirk statt. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden und blieben ergebnislos. Die Arbeiter verlangen für die einzelnen Gruppen folgende Stundenlöhne: Ungelernte Arbeiter 50 Pfg., gelernte Arbeiter 58 Pfg., gelernte Facharbeiter 62 Pfg., Facharbeiter 70 Pfg., Spezialarbeiter 74 Pfg., Spezialfacharbeiter 78 Pfg. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärten, diese Löhne nicht zahlen zu können.

Da keine Einigung zustande kam, fällt der Schlichter einen Schiedsspruch zugunsten der Arbeitnehmer. Die Erklärungsfrist für beide Teile läuft bis zum 15. September mittags 12 Uhr. — Bezüglich der Arbeitszeit kam eine Einigung dahin zustande, daß die bisherige Arbeitszeit mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist für beide Teile fortbesteht. (Z. II.)

Schiedsspruch in der Rader Hadelindustrie.

(Durch Schriftspruch.)
Rader, 2. September. In dem Lohnstreit der hiesigen Hadelindustrie wurde gestern abend nach vierstündigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss folgender Schiedsspruch gefällt:

Das frühere Arbeitsverhältnis wird nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten fortgesetzt. Irgendwelche Mahnungen dürfen von keiner Seite erfolgen. Die bisherige Zulage ist von 8 auf 14 Prozent erhöht worden. Die Arbeiter, die ihren Urlaub bisher nicht erhalten haben, bekommen dafür eine Entschädigung von 70 Prozent des Lohnes. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Januar 1926. Die Erklärungsfrist beider Parteien läuft am 4. September ab.

Berlin, 2. September. Eine Versammlung der freilebenden Bauarbeiter in Dessau hat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, dem Schiedsspruch in Berlin nicht Folge zu leisten und den Streik in Dessau fortzusetzen.

Der Streit in der vaterländischen Bewegung.

In einem Maße, wie seit Jahren nicht, beschäftigt sich die deutsche Vorkriegs- und vaterländische Bewegung. Dem Anlaß dazu gibt ihr ein Streit, der zwischen den Führern der beiden Millionenverbände, des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms, ausgebrochen ist, und kühne Hoffnungen werden laut, daß über diesem Zwiespalt die vaterländische Bewegung auseinanderfallen könnte. Eine tiefe Enttäuschung, so orakelt man, durchziehe die Reihen der Rechtsgerichteten. Am Aufwertungsgebot, an der Bereitwilligkeit der Regierung, einen Sicherheitspakt zu schließen, an der Steigerung der wirtschaftlichen Räte zerbröckle das Vertrauen auf die Reichsregierung und auf den Rechtskurs überhaupt. Es wäre denkbar, daß Ununterrichtete diese Ausführungen für wahr hielten; aber sie würden damit eine Sehnsucht der Väter mit den wirklichen Verhältnissen verwechseln. Wie wenig die Erwartung auf ein Auseinanderfallen der vaterländischen Bewegung gerechtfertigt ist, zeigt die Tatsache, daß drei Stunden von Berlin, in Sachsen, Jungdeutsche und Stahlhelm verbunden weiterarbeiten, daß der Zwiespalt der Führer den Willen der Bundesmitglieder nicht im geringsten erschüttert hat, zusammenzubleiben. Es ist zu bemerken, daß der Zwiespalt zuletzt die Reinerhaltung der vaterländischen Bewegung betrifft, und es ist gewiß noch nie dagewesen, daß eine Bewegung zugrunde gegangen wäre, weil sie sich vertiefen wollte. Davon soll hier die Rede sein.

Die vaterländische Bewegung umschließt alle, die zum freien Deutschland die Tat wollen. Die vaterländische Bewegung umschließt alle, die Hand anlegen wollen, das deutsche Volk, das heißt im wesentlichen die 90 Millionen in Europa, zum Ganzen und zu derjenigen Geltung zusammenzuschließen, die ihnen gebührt. Die vaterländische Bewegung umschließt nicht die Rammherzigen, sondern die Tatwilligen. Freiheit für das deutsche Volk ist ihre gemeinsame Lösung.

Darum ist es auch eine jämmerliche Täuschung, glauben zu machen, an Handlungen der Regierung — die ja gar keine der vaterländischen Bewegung ist — und an groß ruhsthaften Anliegen könne die Bewegung zerbrechen. In diese Reihen gehört keiner, der ein paar Großes Wehrverdienst heraus-schinden will, und wer von dieser Art aus Zufall hineinkommt, dessen Verlust wird nicht als ein Verlust, sondern als eine Reinigung betrachtet. Man gewöhne sich auf der linken den schänden Selbstbeitrag ab, der Deutsche werde ewig an der Dummheit haften, aus Verbohrtheit des Eigennutzes sein Volkstum zu verleugnen. Die Zeiten sind vorbei, wo man auf Deutschland pfiff, wenn man persönlichen Groll trug. Man kann ein Fanatiker des Arbeiterwohlseins sein und braucht doch nicht auf den Feind zu kriechen, deshalb müsse der Staat verraten werden. 1918 einmal und nicht wieder, das ist heute die Bestimmung von Millionen gerade der Arbeitnehmer. Barmai und Helphand haben wirklich ausgedient.

Das Gegenüber in der Bewegung leben, soll nicht verleugnet, sondern geradeheraus und freudig bejaht werden. Man spöttelt über die Hunderte vaterländischer Verbände und sieht nicht — oder will nicht sehen —, daß die Bewegung heute in ihrer Grundidee so stark ist, daß sie mit hundert verschiedenen Charakteren zum gleichen Ziele schreitet. Es würde lächerlich um sie bestellt sein, wenn sie bloß einen Charakter trüge, mit dessen Schicksal dann auch ihr Schicksal bestimmt wäre. Ihre Vielfältigkeit ist gerade der Beweis dafür, daß sie ans Ziel kommen wird. Und in solchem Verstande soll man den Gegensatz von Stahlhelm und Jungdeutschem Orden würdigen.

Es gibt nämlich zwei Auffassungen über die Ursachen von Deutschlands Niederlage. Die eine findet die Stützen des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit, findet die Disziplin des Preußentums gut und sieht die Niederlage darin begründet, daß der preussische Geist nicht in Kraft erhalten wurde, daß er im Reichstag und in der Reichsleitung und im Denken der Kreise, die an entscheidungsvoller Stelle standen, vom Widerpreußentum, vom Geiste der Unzucht, zurückgedrängt wurde. Die preussische Form hat von Friedrich schließlich doch in gerade Linie bis Sedan geführt. 1806 war eine Unterbrechung, weil Preußen eben nicht Preußen geblieben war. Diese Auffassung ist Geist von Forts Geiste, das ist guter Geist, und das ist Stahlhelmsgeist. Jungdeutsch heißt aber, diesen Geist noch nicht als völlig vertilgt anerkennen. Denn es handelt sich dabei doch mehr um die Wiederherstellung einer Form. Diese Form ist mächtig. Wer es leugnen wollte, sehe auf Japan, das die Form annahm und zum Weltkaiser wuchs. Aber der Jungdeutsche Geist will auch eine Bestimmung des Inhalts; neben der Form der Zucht, die er bejaht, den Inhalt des erneuerten Volkstums. Das ist Steinischer Geist.

Der preussische Jungdeutsche hat den deutschen Menschen nicht erweckt. Das war, wenn nicht, die Ursache, so doch ein Mitwirkendes an der Niederlage und bleibt ein unerträgliches Mangel. Der Deutsche muß die Stimme seines Volkstums hören lernen. Daß er dem Mitdeutschen — er sei von drinnen oder draußen des Reichs, von hoch oder nieder, elend oder alldüch, links oder rechts — mit dem Erkennungsworte bezeugt: Das bist Du! Und das heißt vielen der größte Gedanke in der vaterländischen Bewegung, dieser jungdeutsche Fröhergedanke.

Wollen wir leugnen, daß es uns am Brudergefühle gebricht? Daß ungerechtfertigter, verwerflicher Dünkel die Gleichen auseinanderreißt? Daß Eignisucht und die Lösung

Gumpel, die „gebrandmarkt Persönlichkeit“.

Eine scharfe Ablehnung des württembergischen Kultusministeriums.

Berlin, 2. September. Das württembergische Kultusministerium hat jetzt die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Akademiker wegen des Verbotes einer Versammlung des berühmten Privatdozenten Dr. Gumpel durch das Rektorat der Universität Tübingen abgelehnt und begründet seinen Standpunkt u. a. folgendermaßen:

Das öffentliche Auftreten des Dr. Gumpel und die Beurteilung seiner Persönlichkeit durch die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg, sowie die Erörterung des Falles Gumpel im badischen Landtag, in welcher der badische Kultusminister bemerkt hatte, daß die Äußerungen des Dr. Gumpel im weitesten Grade Teile der Heidelberger Bevölkerung geradezu Entsetzen und Abscheu hervorgerufen habe, war in akademischen Kreisen bekannt.

Das Auftreten einer solchen gebrandmarkt Persönlichkeit in Tübingen mußte von allen Studenten mit gesunder patriotischer Einstellung als Herausforderung angesehen werden, so daß der Rektor mit Recht eine Sitzung der Ordnung des akademischen Lebens befürchtete.

Er war deshalb berechtigt und verpflichtet, die Unterzeichnung oder Mitunterzeichnung einer Einladung für einen Vortrag des Dr. Gumpel durch eine studentische Vereinigung zu verbieten. Diese Vereinigung, die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Akademiker, hat durch Uebertragung der Durchführung der Versammlung an die Gewerkschaften, wobei es bekanntlich zu Zusammen-

stößen gekommen ist, das Verbot des Rektors in taktlosler bis zum Unwürdigen Weise umgangen. Das Kultusministerium stellt anheim, eine Untersuchung gegen die Schuldigen anzustellen.

Gumpel ist derjenige Hochschullehrer, der es fertig brachte, in öffentlicher Versammlung das Wort von dem „Felde der Unehre“ zu prägen, auf dem Millionen deutscher Volksgenossen gefallen seien. Man erinnert sich, in welchen das Ansehen dieses Mannes vernichtenden Worten die Heidelberger philosophische Fakultät zu diesem schimpflichen Fall Stellung genommen, und man hört jetzt mit Genugtuung, daß das württembergische Kultusministerium sich dieser Verurteilung vollinhaltlich und mit nicht geringerer Schärfe angeschlossen hat.

Die Auslandsdeutschen in Halle.

Halle, 1. Sept. Die Delegierten des Bundes der Auslandsdeutschen trafen heute vormittag in Halle ein, wo sie von der Industrie- und Handelskammer zu einer Sitzung eingeladen waren. Der Nachmittag war dem Besuch verschiedener industrieller Unternehmungen in Halle und Umgebung gewidmet. Der Abend vereinigete die Teilnehmer bei einem Bierabend, den die Stadt Halle den Gästen bereitete. (Z. II.)

Deutsche Gewerkschaftsvertreter in Amerika.

New York, 1. Sept. Auf Einladung des Führers des amerikanischen Arbeiterverbandes werden Vertreter deutscher Gewerkschaften am 25. d. M. hier eintreffen, um die amerikanischen Arbeitsverhältnisse zu studieren. (W. T. W.)